

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
213 · Ausgabe BL · BS · Juni 2024



Die Universität Basel unter Druck

Die finanzielle Ausgangslage in den beiden Kantonen Basel-Stadt und Baselland könnte aktuell unterschiedlicher nicht sein. Während der Stadtkanton in den letzten Jahren regelmässig Ertragsüberschüsse ausweisen konnte, verdüstern im Landkanton dunkle Wolken den finanziellen Horizont. Und diese düsteren Aussichten möchte die rechtsbürgerliche Baselbieter Mehrheit an die Uni Basel weitergeben.



Franziska Roth,
Grossrätin SP Basel-Stadt



Roman Brunner,
Fraktionspräsident
SP Baselland

Während die Angriffe auf die gemeinsame Partnerschaft und auf die Volluniversität in BL abgewehrt werden konnten, steigt der Druck auf die Regierung, um in den Verhandlungen zum Leistungsauftrag 2026–2029 Einsparungen zu erreichen.

Zwar stellt sich die finanzielle Situation im Stadtkanton noch positiv dar, doch sind die Aussichten für die nahe Zukunft nicht mehr so rosig, und der Druck des rechtsbürgerlichen Segments im Parlament auf die Errungenschaften der Universität Basel wird auch in Basel-Stadt steigen. Hier gilt es gemeinsam dagegenzuhalten.

Denn die Universität steht bereits heute vor grossen Herausforderungen. Durch die überdurchschnittliche Teuerung und die Reduktion der interkantonalen Tarife für Studierende aus anderen Kantonen hat die Universität momentan ein strukturelles Defizit und muss Reserven abbauen. Auf Dauer kann das nicht gut gehen, sind die Möglichkeiten, Reserven aufzubauen, doch sehr eingeschränkt. Der erst 2021 revidierte Universitätsvertrag sieht zwar eine nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kantone ermittelte Teilung des Restdefizits vor. Ein Mechanismus für die Berücksichtigung von exogenen Faktoren fehlt aber. Gleichzeitig braucht die Universität Investitionen, um sich weiterentwickeln zu können. In diesem Spannungsfeld Kürzungen des Globalbeitrags anzustreben, ist kurzfristig und wird der Universität auf die Dauer schaden.

Bedeutung der Universität für die Region

Es ist unbestritten, dass die Universität für unsere Region eine immense wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung hat. Al-

lerdings darf die Uni dabei nicht bloss dem monetären Ziel der wirtschaftlichen Wertschöpfung zudienen, sondern soll sich auf den ursprünglichen Zweck der universitas, der «Gesamtheit», besinnen, nämlich den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn. Das breite Fächerspektrum der humanistischen Volluniversität entspringt dem Willen, die Wirklichkeit in all ihren geistigen und materiellen Dimensionen zu erforschen. Selbstverständlich darf – ja muss – die Universität dabei das Lehr- und Forschungsangebot immer wieder überdenken. Der Anstoss dazu darf aber nicht ein rein finanzieller Anreiz sein. Sonst laufen wir Gefahr, dass die Gesellschaft aufgrund der Ökonomisierung der Bildung auf verrechenbare Elemente reduziert wird und somit sämtliche menschlichen und kulturellen Eigenschaften verschwinden.

Die Universität soll auch eine geistesgeschichtliche Einordnung ermöglichen, eine Reflexion der gesellschaftlichen Realitäten fördern und kritische Diskussionen in einem zeitgemässen, internationalen Forschungsumfeld führen. Dazu braucht die Universität einerseits eine Assoziierung an die europäischen Forschungsprogramme und andererseits eine solide Grundfinanzierung. Die Partnerschaft der beiden Kantone bei der Trägerschaft in Frage zu stellen, ist dabei der falsche Weg.



Sujet eines Wahlplakates aus der Grossratskampagne 2020

«Wir haben viel erreicht mit unserer Wohnpolitik»

Mit dem angenommenen Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft» gilt nun für mindestens ein Drittel der neu entstehenden Wohnungen auf Transformationsarealen die Kostenmiete. Ein politischer Meilenstein im Bereich des Neubaus. Für den Bestand gilt schon seit zwei Jahren der Wohnschutz. Damit wurden Renditesanierungen unattraktiv. Die Bürgerlichen wollen den Wohnschutz nun aber wieder aushöhlen. Die Links-Redaktion hat mit Ivo Balmer und Pascal Pfister darüber gesprochen.

Der Grosse Rat hat im Mai den Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft» verabschiedet. Wie kam es dazu?

Balmer: Der Gegenvorschlag ist ein Meilenstein, nach einer langen Vorgeschichte. Vergessen wir nicht, die Immobilienlobby hatte zuerst die rechtliche Zulässigkeit dieser Initiative auf juristischem Weg bekämpft. Das Urteil des Appellationsgerichts war aber klar: Es gibt ein öffentliches Interesse an genügend bezahlbaren Wohnungen. Weiter wurden alle Vorstösse im Parlament für die gesetzliche Verankerung der dauerhaften Kostenmiete bekämpft. Es wurde sogar ein bekanntes PR-Kampagnenbüro damit beauftragt, das Lobbying zu orchestrieren. Das ist die politische Grosswetterlage in diesem umkämpften Politikfeld, in dem übrigens die meisten Veränderungen nur über Initiativen zustande kommen, das zeigt auch der Blick in andere Städte.

Und was ist nun historisch am Ergebnis dieses Kompromisses?

Balmer: Erstens, der Gegenvorschlag definiert preisgünstigen Wohnraum nach der gemeinnützigen Kostenmiete. Zweitens ist nun klar, dass bei den grossen Stadtentwicklungsprojekten in unserem Kanton mindestens ein Drittel der Wohnungen dauerhaft nach diesem Prinzip vermietet werden. Und zu guter Letzt konnten wir durch geschickte Verhandlungen in der Bau- und Raumplanungskommission die Zielsetzung «25 Prozent preisgünstiger Wohnraum bis 2050» endlich ins Gesetz bringen. Dies wird uns in Zukunft in der wohnpolitischen Arbeit helfen.

Das heisst, der Neubau in unserem Kanton konnte mit dieser Entscheidung sozialdemokratischer ausgerichtet werden. Wie sieht es bei den bereits bestehenden Wohnungen aus? Wie wirkt sich der Volksentscheid zum Wohnschutz konkret aus?

Pfister: Es ist wichtig, diese zwei Bereiche in der politischen Arbeit nicht gegeneinander auszuspielen, denn der Neubau wird die Wohnungskrise, in der wir uns befinden, nie lösen. Denn wir reden hier nicht über Turnschuhe, sondern über das essenzielle Grundbedürfnis «Wohnen». Wir alle müssen wohnen – und wo sind die bezahlbarsten Mieten, wenn nicht in den Bestandsbauten? Genau das ist der Grundsatz des Wohnschutzes. Erinnern wir uns zurück, alleine zwischen 2018 und 2021 waren in Basel-Stadt über 5500 Personen in über 60 Überbauungen von Renditesanierungen und Massenkündigungen betroffen. Diese Fälle gibt es aktuell nicht mehr. Der Wohnschutz wirkt also ganz konkret. Diese Wohnungen sind nun geschützt.

Eine Verbesserung für Mieter:innen also?

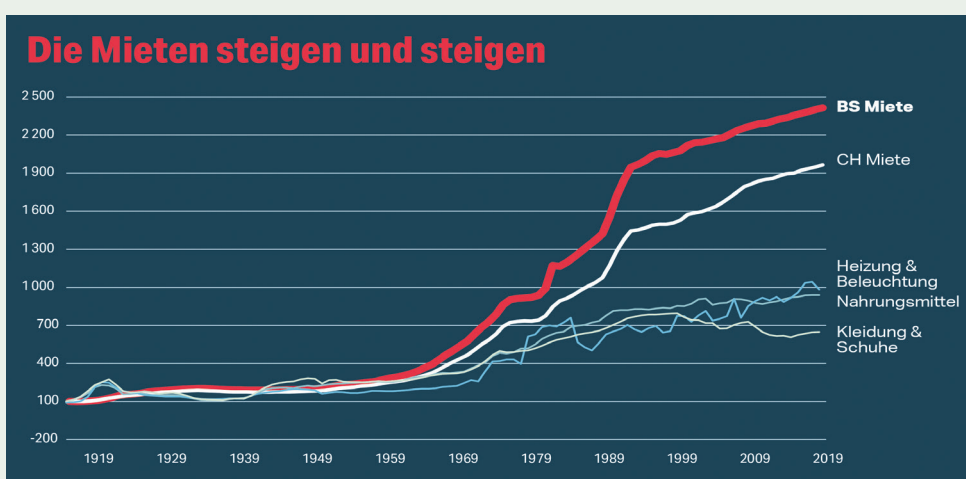
Pfister: Klar. Auf jeden Fall. Die Mieter:innen bleiben von den überhohen Mietzinsaufschlägen nach Sanierung und der Neuvermietung verschont. Die Neuvermietung zu überhöhten Mieten ist der Hauptmechanismus, mit dem die Mieten nach oben getrieben werden. Denn eigentlich hätten sie ja seit der Finanzkrise wegen der sinkenden Zinskosten auch sinken müssen. Das ist ein volkswirtschaftlicher Skandal. Diese Aufschläge konnten vor dem Wohnschutz mehrere hundert Franken pro Monat ausmachen. Heute werden diese Aufschläge plausibilisiert, gedeckelt und für fünf Jahre kontrolliert.

Das Baugewerbe moniert jetzt aber, es werde zu wenig gebaut und nicht mehr saniert.

Balmer: Ja, das tut es, und zwar in der ganzen Schweiz. Nicht etwa wegen eines Wohnschutzgesetzes, sondern seit der internationalen Zinswende. Die Immobilienbranche in der ganzen Schweiz ruft nach weniger Regulierung und beschwört den sogenannten «Markt». In dieses generelle Geheule



Ivo Balmer ist Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission im Grossen Rat. Er wurde auch schon als Jacqueline Badran von Basel bezeichnet.



Diesen Trend wollte die Stimmbevölkerung mit dem Wohnschutzgesetz stoppen.

stimmen alle Mitte-rechts-Parteien ein. Dabei blenden sie gerne bereits Gesagtes aus: In der Zeit sinkender Zinse wurde mit den bestehenden Regulierungen so viel gebaut wie noch nie. Und die Mieten sind trotz vorgesehener Koppelung an die Zinsbewegungen gestiegen. Das ist das Problem.

Du sprichst hier von einer Entwicklung, die nicht nur Basel betrifft. Wie hängt das mit dem Wohnschutz zusammen?

Balmer: Das ist die Krux! Wir haben den Wohnschutz vor knapp zwei Jahren in unserem Kanton eingeführt, also genau im Bau-Peak. Dann kamen die Zinswende und die Teuerung. Jetzt von einem generellen Baustopp zu sprechen und mit dem Finger ausschliesslich auf den Wohnschutz zu zeigen, ist einfach absurd. Eine gewisse Zurückhaltung seitens der Vermieter:innen ist möglich, aber die Gründe sind vielschichtig. Viele warten auch ab, bis sich eine Rechtspraxis herauschält. Was jetzt passiert, ist, dass einige Eigentümer:innen sogar darauf spekulieren, dass der Wohnschutz von politischer Seite wieder ausgehöhlt wird.



Pascal Pfister ist seit 2023 Co-Präsident des Mieterinnen- und Mieterverbands Basel und politisiert für die SP im Grossen Rat.

Die bürgerlichen Fraktionen wollen den Wohnschutz wieder abschaffen?

Pfister: Von SVP bis GLP haben sie Vorstösse eingereicht, die bei einer wortgetreuen Umsetzung eine komplette Aushöhlung des Wohnschutzes bedeuten würden. Wir von der Mieter:innenseite bieten, wenn es darum geht, Bürokratie abzubauen und energetische Sanierungen zu vereinfachen, für Anpassungen im Rahmen der Verordnung Hand. Eine Aushöhlung des Gesetzes werden wir aber entschieden bekämpfen.

Welche Anpassungen sollen dann im Rahmen der Verordnung gemacht werden?

Pfister: Es geht dabei um das vereinfachte Verfahren. Das ist ein Expressschalter, das haben wir immer gesagt. Die Verwaltung hat das Gesetz viel zu kompliziert umgesetzt. Für uns ist klar: Innerhalb der im Gesetz geregelten Bandbreiten reichen die Eigentümer:innen einen Vorschlag für die gewünschte Mietzinserhöhung ein, dazu ihre Sanierungskosten. Die Wohnschutzkommission plausibilisiert diesen Vorschlag und erteilt dann im Normalfall unkompliziert die Genehmigung. Wenn wir das schnell anpassen, dann würde das sicher auch dem Gewerbe helfen.

AGENDA SP BASEL-STADT

- **Samstag, 17. August 2024, 13–17 Uhr**
Glacéaktion zur Feier der Verbesserungen bei den Kitas
Melde dich jetzt für eine Glacé-Verteilaktion in deinem Wahlkreis
www.sp-bs.ch/glacé-verteilaktion
- **27. August 2024, 20–22 Uhr**
Auftritt zu den Grossratswahlen 2024
Volkshaus Basel

Alle Veranstaltungen der SP in Basel findest du in der Online-Agenda auf www.sp-bs.ch/veranstaltungen



Kaspar Sutter, Tanja Soland und Mustafa Atici wurden am 23. Mai nominiert.

WEIL ES UM DAS SOZIALE BASEL GEHT

Mustafa Atici, Tanja Soland und Kaspar Sutter wieder in die Regierung

Die SP Basel-Stadt tritt im Oktober mit ihren drei amtierenden Regierungsrät:innen zu den Erneuerungswahlen an. Dabei geht es auch um den Kampf fürs soziale Basel.



Martin Leschhorn,
Vizepräsident und Leiter
Regierungs-Wahlkampagne
der SP BS

Eben erst haben wir mit Mustafa Atici erfolgreich den Regierungssitz von Bundesrat Beat Jans verteidigt, und schon stehen wir im Kampf für das ganze SP-Trio. Angesichts der bürgerlichen Regierungsmehrheit, wie sie seit bald vier Jahren besteht, spielen unsere drei Regierungsrät:innen Mustafa Atici, Tanja Soland und Kaspar Sutter in der Exekutive eine entscheidende Rolle, um die sozialen Errungenschaften in unserem Kanton zu verteidigen und weitere zentrale Anliegen anzugehen.

Bildung stärken für alle

Mit seinem beherzten Einstieg als Bildungsdirektor setzte Mustafa Atici bereits Zeichen für einen Kulturwandel in seinem Departement.

Mit nur einem kurzen Unterbruch war das Erziehungsdepartement 50 Jahre lang in bürgerlichen Händen – umso mehr Hoffnung setzen viele auf die neue Leitung. Mustafa Atici weiss, wovon er spricht, wenn er auf Chancengerechtigkeit in der Bildung pocht. Er wird unbeirrt wichtige Neuerungen angehen.

Solide Finanzen fürs soziale Basel

Grundlage einer erfolgreichen linken Regierungspolitik sind solide Finanzen, die den nötigen Spielraum für die anstehenden grossen Aufgaben gewährleisten. Dazu gehört eine Steuerpolitik, welche die Anliegen derjenigen im Blick hat, die am meisten darauf angewiesen sind. Einen grossen Fokus legt Tanja Soland daneben auch auf die Bereitstellung von genügend bezahlbarem Wohnraum.

Soziale Akzente und Energiewende

Kaspar Sutter hält das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt auf unverkennbar sozialdemokratischem Kurs. Sozialpolitische Projekte wie etwa das Housing-

First-Programm für Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, oder der Ausbau der Mietzinsbeiträge sind sein Verdienst. Die Solaroffensive und der fürs Klima wichtige Ausbau der Fernwärme sind ebenfalls im WSU angesiedelt.

Die Konkurrenz schläft nicht

Mit diesem kompetenten, engagierten linken Regierungstrio ist die SP für die Erneuerungswahlen bestens aufgestellt. Gleichwohl sind Wahlen nie ein Spaziergang. Die Bürgerlichen proben mit der Integration der SVP eine neue Strategie und positionieren sich auch mit der FDP-Kandidatur noch weiter rechts. Damit stellen sie das soziale, ökologische, offene und vielfältige Basel in Frage.

Die kommenden Wahlen werden also alles andere als langweilig. Auch die Regierungswahlen erfordern unseren vollen Einsatz: Wir müssen auf die Strasse für die Wiederwahl von Mustafa, Tanja und Kaspar. Zusammen mit unseren Bündnispartner:innen von BastA! und den Grünen kämpfen wir zudem dafür, dass wir in Basel-Stadt wieder eine linke Mehrheit in der Regierung erreichen. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass wir die grossen Herausforderungen der kommenden Generationen entschieden anpacken können.

Der ständige Aufbruch in die Zukunft

Die Geschäftsleitung der SP BL setzte vor einem Jahr eine vielfältig zusammengestellte Arbeitsgruppe ein mit der Zielsetzung, die Entwicklung der Partei bis ins Jahr 2035 zu bedenken. Die genannte Jahreszahl meint weniger ein konkretes Datum als vielmehr die offene Zukunft. Losgelöst von konkreten Agenden und von den stets im Überfluss vorhandenen Tagesaktualitäten soll nachgefragt und nachgedacht werden. Das Ziel ist eine Ideensammlung, deren Ergebnisse in nachvollziehbare und umsetzbare Handlungsempfehlungen münden. Entstanden ist eine Road-Map als Wegweiser für die Geschäftsleitung.



Simone Fluri,
Mitglied der Arbeitsgruppe
SP Baselland 2035



Peter Schmid,
Mitglied der GL und der
AG SP Baselland 2035

zum Beispiel das Fortschrittsprogramm 2023 oder den Klimaplan für das Baselbiet. Arbeiten wir ausreichend und erkennbar an der Umsetzung? Die Sektionen diskutieren nur mehr selten die Geschäfte der Delegiertenversammlung. Dadurch wird das Delegiertensystem ausgehöhlt, und die Sektionsmitglieder fühlen sich gelegentlich nicht mehr gehört. Die interne Diskussions-

kultur hat Entwicklungsbedarf. Die offizielle Linie ist aufgrund intensiver Vorarbeiten oftmals vorgegeben. Es ist darum nicht einfach, eine andere Meinung an einer Delegiertenversammlung zu vertreten. Die Sorge, eine nicht «korrekte» Wortwahl zu treffen, hindert immer mal Mitglieder daran, ihre Meinung zu äussern. Schliesslich: Mandate werden im Auftrag der Partei ausgeübt. Zugleich zählt es zur Aufgabe der SP BL, ihre Mandatsträger:innen gezielt zu unterstützen.

Trotz grossen politischen Herausforderungen im Kanton Baselland ist in der SP BL viel Dynamik und Gestaltungswille auf allen Ebenen sicht- und spürbar. Gestärkt durch diese Gewissheit setzen wir uns die nächsten Ziele für die nahe oder ferne Zukunft.

Die Haltung, die dem Projekt SP BL 2035 zugrunde liegt, lässt sich mit derjenigen einer SWOT-Analyse vergleichen. Die SP BL kennt beides: Stärken und Schwächen. Viele Mitglieder leisten an den verschiedensten Orten des Politikalltags beachtliche Arbeit. Wir wollen Wirkung erzielen und dazu müssen wir immer wieder neu um Mehrheiten kämpfen. In der SP BL treffen sich Persönlichkeiten aus allen Generationen, mit den verschiedensten Lebensgeschichten und mannigfaltigen Begabungen. Wie schaffen wir es, dass sich die Mitglieder wohl fühlen, ihre Fähigkeiten einbringen und die SP BL ihr Potenzial nutzen kann?

Die zehn Mitglieder der Arbeitsgruppe definierten neun Themenfelder, die sie für zukunftsrelevant erachten: Mitgliederentwicklung, Kommunikation, Politische Position, Personalplanung, Parteikultur, Leadership, Politisches Handwerk, Vernetzung, Arbeit in den Gremien. Die Themen entsprechen nicht ausschliesslich den Anliegen der Arbeitsgruppe, sondern wurden durch eine umfassende Analyse erarbeitet.

Einige exemplarische Erkenntnisse aus dieser Arbeit: Die gemachten Erfahrungen und die dadurch entstandenen Wahrnehmungen innerhalb der SP BL sind vielfältig. Die Realität in den Sektionen kann sich stark unterscheiden. Leadership in der Partei muss diese Differenz beachten. Wohlbefinden und Unbehagen sind zeitgleich möglich.

Die SP BL verfügt über gute Grundlagendokumente und Grundsatzbeschlüsse, wie

PARTEI-TAG

Samstag,
17. August
2024



Wir treffen uns zum Parteitag «SP Baselland 2035» im Regierungsgebäude Liestal. Am Parteitag werden wir Referate zu Kernthemen der SP Baselland hören und im Rahmen von Workshops die Möglichkeit haben, Ideen und Wissen auszutauschen. Wie sieht deine SP Baselland 2035 aus? Diskutiere am Parteitag mit! Weitere Infos folgen.

Generationensolidarität in Zeiten der Klimakrise

Am 29. April luden die JUSO und die SP 60+ beider Basel zum zweiten Mal zum gemeinsamen Bildungsanlass in die Kantonsbibliothek Liestal. Das diesjährige Thema war die Generationensolidarität in Zeiten der Klimakrise. Rund zwei Monate nach dem historischen Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zur Schweizer Klimaklage diskutierte Moderator Florian Schreier mit Klimaseniorin Rosmarie Wydler-Wälti und Nicola Siegrist, dem Präsidenten der JUSO Schweiz. Katharina Gallauer, SP60+ BS, und Marianne Quensel, SP60+ BL

Das Thema war brisant und der Anlass durch regen Austausch geprägt. Marianne Quensel von der SP60+ Baselland und David Portmann von der JUSO Basel-Stadt konnten gegen vierzig Personen begrüssen.

Unter der Moderation von Florian Schreier, Geschäftsführer VCS beider Basel und Gemeinderat Birsfelden, kamen die Perspektiven verschiedener Generationen zum Thema der Klimakrise zur Sprache. Einen Generationengraben wollen beide Podiumsteilnehmer:innen verhindern. Rosmarie Wydler-Wälti erzählte, dass bei der Klage gegen die Schweiz am EGMR der Fokus auf die Seniorinnen gelegt wurde, weil es dazu klare Forschungsdaten gibt. Dies war notwendig, um überhaupt klagen zu können. Das Gerichtsurteil kommt am Ende allen zugute.

Nicola Siegrist sieht in der Klimakrise auch eine soziale Krise, die soziale Lösungen erfordert – es gelte, die breite Bevölkerung zu schützen. So hat die JUSO den Weg der Initiative für eine Zukunft gewählt, um mit einer zweckgebundenen Erbschaftssteuer – bei einem Freibetrag von 50 Mio. Franken – eine sozial gerechte Klimapolitik zu fördern.

Die Podiumsgäste waren sich am Ende überraschend einig: Die klimatischen Veränderungen betreffen alle Lebensbereiche. Um die Bevölkerung im Kampf gegen die Klimakrise mitzunehmen, braucht es nach Nicola Siegrist mehr Argumentationen mit guten, hoffnungsvollen Erzählungen und weniger beunruhigende Daten und Fakten.

Auch Rosmarie Wydler-Wälti setzt auf Hoffnung. Während des Gerichtsprozesses

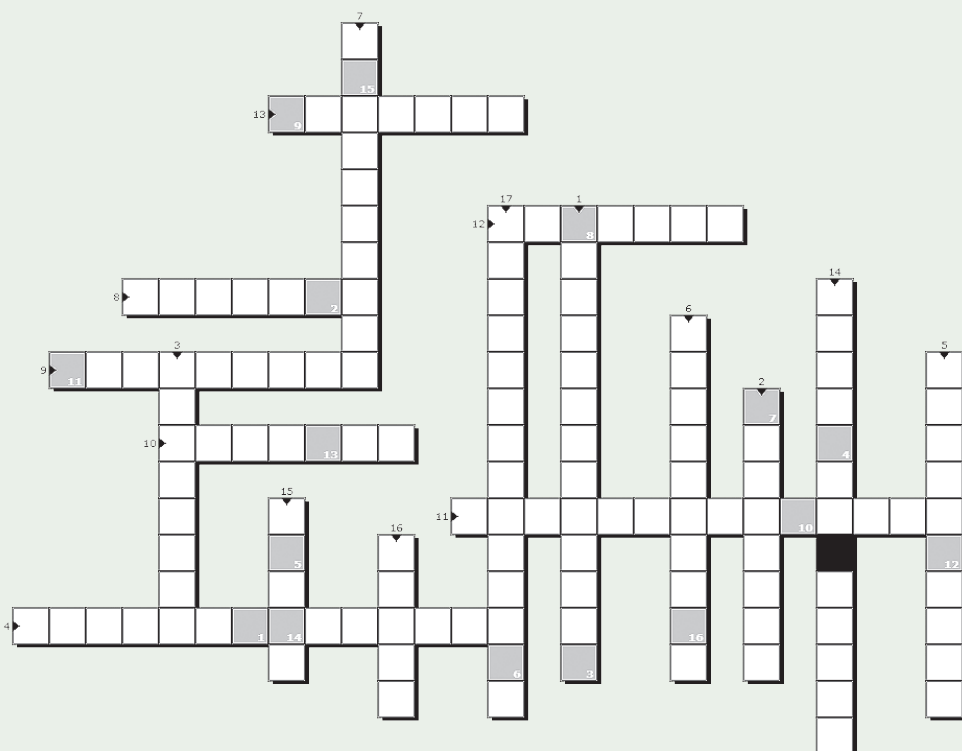
gab es entmutigende Momente. Die Klimaseniorinnen haben aus der Empörung über schlechte Nachrichten aber stets Kraft und Antrieb geschöpft. Das Gerichtsurteil habe auch vielen jungen Menschen wieder Hoffnung gegeben.

Der Austausch beim Apéro am Ende des Podiumsgesprächs zeigte vor allem, dass die Generationen in der SP sich einig sind: Bei der Klimakrise müssen Handlungsdrang und Hoffnung Hand in Hand mit Generationensolidarität gehen.



Katharina Gallauer

KREUZWORTRÄTSEL



1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16

*Umlaute werden nicht ausgeschrieben

1. Baselbieter Abstimmungserfolg am 9. Juni
2. Erste SP-Bundesrätin (Nachname)
3. Erster SP-Regierungsrat Baselland (Jakob)
4. Streiktag am 14. Juni
5. Diesjähriges Gründungsjubiläum der SP Baselland (Jahreszahl)
6. Nationalrat und Jasskönig (Nachname)
7. Baselbieter Gemeinde mit dem höchsten SP-Wähler:innen-Anteil 2023
8. Kolumne einer Alt-Nationalrätin des Baselbiets in der bz
9. Positionspapier der SP Baselland 2021
10. Slogan der nationalen Wahlen 2023: «Für eine ... Schweiz»
11. Traditionelles Lied der Arbeiter:innenbewegung: Die ...
12. Grösste Sektion der SP Baselland
13. Langjähriger Kassier der SP Baselland und Biersorte (Nachname)
14. Slogan des 1. Mai 2024: «... runter, ... rauf»
15. Bis 2023 jüngste Schweizer Nationalrätin (Nachname)
16. Wahlspruch 1987 für Edi Belser und Peter Schmid: «Zwei... in Regierungrot» (im Dialekt)
17. Baselbieter Bahnlinie, deren Betrieb u. a. dank der SP nicht eingestellt wurde

Ein grosser Erfolg für die Energieversorgung im Baselbiet

Am 9. Juni konnten wir einen bedeutenden Sieg im Baselbiet feiern: Mit 54 Prozent hat sich die Bevölkerung klar fürs Energiegesetz und somit für eine sichere, saubere und unabhängige Energieversorgung ausgesprochen. Dies gelang trotz einer aufwendigen Angstkampagne von SVP, Hauseigentümerverband und Wirtschaftskammer.

Gemeinsam mit den Grünen, EVP, GLP, Mitte und FDP sowie mit namhaften zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vertretungen der Wirtschaft haben wir uns in den letzten Wochen und Monaten für ein Ja zum Energiegesetz starkgemacht. Bei der Abstimmung am 9. Juni hat sich die Bevölkerung hinter das Gesetz gestellt.

Dies ist ein wichtiger Gewinn für die Basellbieter Energieversorgung, für den Klimaschutz und für die überparteiliche Zusammenarbeit. Der Sieg ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, mit welchen Mitteln die Gegner:innen das Gesetz bekämpft haben. Die Allianz aus SVP, Wirtschaftskammer und Hauseigentümerverband hat in einer beispiellosen Fake-News-Kampagne mit Falschaussagen, erfundenen Zwängen und haltlosen Beispielen Angst in der Bevölkerung gestreut.

Erfreulicherweise hat das irreführende Narrativ der «explodierenden Kosten für den Klimaschutz» nicht verfangen. Die Bevölkerung weiss, dass sich eine Umstellung auf erneuerbare Energien aus mehreren Gründen lohnt: Wir tragen auch im Baselbiet zum Klimaschutz bei, werden unabhängiger von ausländischem Öl und Gas und investieren ins lokale Gewerbe. Auch für Hauseigentümer:innen lohnen sich die Investitionen, die vom Kanton gefördert werden und langfristig die Energiekosten senken.

Mit dem Ja zum Energiegesetz ist unser Einsatz für einen umfassenden Klimaschutz im Baselbiet noch nicht zu Ende. Die Öl- und Gaslobby und ihre gekauften Politiker:innen werden nicht vor weiteren Angriffen auf sozialen Klimaschutz zurückschrecken. Gemeinsam können wir aber gewinnen – der erste Schritt ist geschafft. Vielen Dank an alle, die

Plakate aufgehängt, Leser:innenbriefe geschrieben, Testimonials erstellt oder Flyer verteilt haben! Dank eurem Einsatz wird nun die Grundlage für eine verlässliche und zukunftsfähige Energiepolitik geschaffen.



Von Bern ins Baselbiet

Dreimal im Jahr berichten Samira Marti und Eric Nussbaumer, unsere Vertreter:innen in Bundesbern, rückblickend über die Sessionen in Bern.

Am 17. Juni trafen wir uns im Wilden Mann in Frenkendorf für den Bericht von der Sommersession.

Die diesjährige Sommersession stand im Zeichen der rechten Symbolpolitik: von Armeebudgeterhöhungen auf Kosten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit über peinliche Auftritte von SVP-Parlamentariern während eines hohen Besuchs aus der Ukraine bis hin zu den schädlichen Erklärungen beider Räte zur Missachtung des EGMR-Urteils. Letztere sind ein Angriff auf die Demokratie, die Gewaltenteilung und auf den Schutz der Menschenrechte. Damit nimmt die Bundesversammlung in Kauf, eine zentrale Institution des Menschenrechtsschutzes in Europa und die humanitäre Tradition der Schweiz zu schwächen.

Erstarkung der Rechten

Diese rechte Symbolpolitik ist nicht zuletzt den neuen Machtverhältnissen im Parla-



ment geschuldet: Der spürbare Rechtsrutsch der Parteien verstärkt die harten Positionierungskämpfe und den Geltungsdrang im Parlament. Der harte Druck von rechts macht sich bei sämtlichen Geschäften bemerkbar,

sei es bei Provokationen der SVP rund um den Besuch des Parlamentspräsidenten der Ukraine, Ruslan Stefantschuk, oder beim Abwehren sämtlicher Finanzierungsvorschläge der SP für die 13. AHV-Rente. Die Erstarkung der Rechten trifft aber insbesondere die Migrationspolitik. Umso bemerkenswerter ist der historische Entscheid zum Schutz von gewaltbetroffenen Migrant:innen: Dank einer Gesetzesänderung, an der Samira massgeblich beteiligt war, müssen Opfer häuslicher Gewalt nicht mehr befürchten, bei einer Trennung den Aufenthaltsstatus zu verlieren.

Der Sessionsbericht ist eine tolle Möglichkeit, Einblicke in die Arbeit unserer Parlamentsvertretungen in Bern zu erhalten. Mit Samira als Präsidentin der Bundeshausfraktion und Eric als Nationalratspräsidenten werden dem Publikum einmalige Einblicke in Abläufe der Arbeit des Nationalrats geboten und die Möglichkeit gegeben, Fragen zu stellen. Der nächste Bericht ist am 1. Oktober 2024 – wir freuen uns über deine Teilnahme!

AUS DEM GROSSEN RAT

Ei Ei Polizei!



Michela Seggiani,
Fraktionspräsidentin

Die Bürgerlichen reichten im Grossen Rat einen Vorstoss ein mit der Forderung, die Löhne bei der Polizei zu verbessern (Motion «der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!»).

Alle Fraktionen im Grossen Rat haben den Vorstoss unterstützt, ausser der SP. Das hat intern für Diskussionen gesorgt und ein hartes Medienecho ausgelöst. Deshalb möchte ich das Stimmverhalten der Fraktion hier kurz erläutern.

Ja zur Polizei, Nein zu einseitigem Vorgehen
Wir sagen nein zum Vorstoss, nicht zur Po-

lizei. Wir machen eine Politik, die es wagt, nachzufragen. In diesem Sinne fragen wir uns auch hier, ob diese Motion der richtige Weg ist. Der Personal-Unterbestand bei der Polizei ist ein Problem. Es ist uns wichtig, dass es hier so rasch wie möglich eine Lösung gibt. Vor einem Jahr hat der Grosse Rat eine befristete Arbeitsmarktzulage für Angehörige des Polizeikorps als Sofortmassnahme beschlossen, um auf den Personalunterbestand zu reagieren. Aktuell werden Abklärungen dazu durchgeführt, warum wir in Basel in den letzten Jahren einen deutlich angestiegenen Unterbestand haben. Ebenfalls haben wir eine Aufstockung des Korps mitgetragen. Aus diesen Gründen haben wir beschlossen, erst einmal die Ergebnisse dieser Massnahmen abzuwarten. Selbstverständlich sind wir für fairen Lohn von Staatsangestellten, dafür setzen wir uns auch ein. Dafür aber braucht es zuerst einen Lohnvergleich in verschiedenen Stufen. Zudem muss das JSD

erklären, was mit dem Geld für die offenen Stellen, die zwar budgetiert, nicht aber besetzt wurden, passiert ist.

Meine These

Ich gehe davon aus, dass der Lohn nicht das einzige Kriterium ist, warum so wenig Menschen bei der Basler Polizei arbeiten wollen. Vielleicht liegt es ja auch daran, dass man in Vollmontur friedliche Demonstrierende bewachen muss und dabei unzählige Überstunden scheffelt? Wer will schon – ich erinnere an den Frauenstreik von vor 2 Jahren – gegen friedlich singende Frauen* vorgehen? Oder am 1. Mai präventiv Menschen einkeseln? Vielleicht wollen ja Polizist:innen nicht mehr mit starken Repressionsmassnahmen arbeiten und ist deshalb die Kündigungsrate so hoch? Warum also nicht parallel zur Lohnfrage auch über die Methoden und die Arbeitsstrukturen diskutieren – und erst dann Massnahmen ergreifen.

AUS DEM LANDRAT

Zulassung von Polizist:innen ohne Schweizer Pass

Die Polizei in unserem Kanton spürt den Fachkräftemangel; es gilt mehr Nachwuchs zu rekrutieren. Fähige junge Leute, die für die anspruchsvolle Polizeiausbildung an der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) geeignet wären, sind durchaus noch zu finden. Nur haben sie nicht alle den Schweizer Pass, und dieser ist im Kanton Baselland bis anhin Bedingung, um die IPH zu absolvieren.



Roman Brunner,
Fraktionspräsident SP

Bereits 2021 hatte Tania Cucè in Zusammenarbeit mit den Grünen eine Motion erarbei-

tet, um die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass – wie schon in anderen Kantonen – auch Kandidierende mit Niederlassungsbewilligung C (NB C) an die IPH gehen können. Diese wurde als Postulat überwiesen; aus dem Bericht der Regierung geht klar hervor, dass die Ausweitung des Rekrutierungsspektrums auf Personen mit NB C auch von der Polizei als valabler Ansatz gesehen wird, um mehr qualifiziertes Personal zu gewinnen. Der Regierungsrat unterstützte die Stossrichtung ebenfalls. Die SP-Fraktion brachte daraufhin, unterstützt von Grünen, GLP und Teilen der Mitte, erneut eine Motion in den Landrat. Am 29. Mai wurde diese behandelt – und diesmal erfolgreich überwiesen.

Die SVP und die FDP wollten die Bedingung einbauen, dass Anwärter:innen mit NB C zumindest eine Verpflichtung eingehen müssten, sich vor Antritt einer Anstellung im Kanton einbürgern zu lassen. Die übrigen Fraktionen erachteten einen Zwang zur Ein-

bürgerung nicht für zielführend, da es bei der Eignung vielmehr um den Charakter und die Haltung geht. Die Aufnahmekriterien der IPH sind bereits streng, eine Einbürgerungspflicht als «Läuterung» ungeeignet.

In der Debatte war deutlich zu erkennen, dass die Frage der Nationalität der Polizeibeamten bei den Bürgerlichen starke Emotionen hervorruft. Ein SVP-Landrat wurde ausfällig und beschwor geradezu barbarische Zustände herauf, wenn nicht alle Polizeibeamten Schweizer:innen wären. Tatsächlich kann es Bestechung, Missbrauch, Gewalt in einem Polizeikorps geben. Das liegt aber nicht an der Nationalität der Polizist:innen, sondern allenfalls an der Eignungsprüfung der Kandidierenden bei der Rekrutierung. Diese hat mit aller Sorgfalt zu erfolgen – Extremismus jeglicher Art ist ein No-Go für Polizeiaspirant:innen. Und je grösser die Auswahl, desto besser die Aussichten, genügend wirklich gute Kräfte zu finden. Eben auch solche mit NB C.